

## Zur aktuellen Lage der Kurden in der Türkei

---

Prof. Dr. Faruk Şen, geb. 1948 in Ankara, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Münster, lebt seit 1971 in der Bundesrepublik. Seit 1985 leitet er das Zentrum für Türkeistudien in Bonn und Essen, er lehrt an der Universität Essen.

Eines der vordringlichsten Probleme der Türkei, die auf dem Wege zur Demokratisierung, der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes einer Lösung harren, ist die schwierige Situation in Ost- und Südostanatolien. Der tägliche Terror, Gewalttaten, Armut und eine hohe Arbeitslosigkeit erzeugen eine Atmosphäre der Unsicherheit, die den in dieser Region lebenden Menschen, und dies sind zu einem großen Teil Kurden, hohe Opfer abverlangt. Durch ein über Jahrhunderte etabliertes Feudalsystem entmündigt und über Jahrzehnte wirtschaftlich und sozial vernachlässigt werden diese Menschen seit 1984 Zeugen bewaffneter Aktionen von separatistischen Terrororganisationen und Operationen der staatlichen Sicherheitskräfte. Laut offizieller Darstellung der türkischen Regierung starben in Ost- und Südostanatolien von 1984 bis August 1992 4 500 Menschen bei Gewalttaten. Bei Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Militanten starben nach offiziellen Angaben allein im Monat September 1992 87 Zivilisten, 121 Angehörige der Sicherheitskräfte und 219 Separatisten.<sup>1</sup>

Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1990 lebten in den 21 ost- und südostanatolischen Regierungsbezirken annähernd 9 600 000 Menschen, was 17 Prozent der gesamten türkischen Bevölkerung entspricht.<sup>2</sup> Schon die Angabe einer realistischen Größe für die kurdische Bevölkerung in der Türkei stößt auf große Schwierigkeiten und differiert je nach politischer Einstellung und Weltanschauung. Da seit der Volkszählung von 1965 nicht mehr nach der Muttersprache gefragt wird, gibt es auch keine offiziellen Zahlen von Seiten

---

1 Bekanntgegeben auf der Pressekonferenz von Ministerpräsident Demirel am 25. 9.1992.

2 Vgl. State Institute of Statistics Prime Ministry Republik of Turkey: 1990 Censis of Population, Administrativ Division (Summary tables), Ankara o. J., S. 5.

der türkischen Regierung. So bleiben lediglich Schätzungen aus verschiedenen Quellen, die sich zwischen 7 800 000 und 15 500 000 bewegen.<sup>3</sup>

Schwerpunktmäßig verteilen sich die meisten Kurden auf die südöstlichen Provinzen der Türkei, insbesondere auf jene, die sich an der syrischen, irakischen und iranischen Grenze befinden. Gleichzeitig gibt es aber auch im Westen der Türkei eine Vielzahl Menschen kurdischer Abstammung, die sich über Generationen mit der restlichen Bevölkerung vermischt haben. Die anhaltenden Spannungen machen ein geregeltes, soziales Leben in dieser Region unmöglich, zumal seit 1980 in über der Hälfte der Ostprovinzen der Ausnahmezustand herrscht, und die Bevölkerung vor unlösbare Sicherheitsprobleme gestellt ist, was letztendlich zu einer Wanderbewegung in die Großstädte der westlichen Türkei geführt hat. So wanderten alleine nach offiziellen Angaben in den Jahren von 1980 bis 1985 knapp 366 000 Menschen aus der Osttürkei in den Westen aus,<sup>4</sup> die tatsächliche Wanderbewegung dürfte allerdings erheblich größer sein. Als Indiz dafür mag die Tatsache stehen, daß die Wanderungsquote der Jahre 1965 bis 1980 im Gebiet des Südostanatolien-Projekts nach Untersuchungen von 1989 (GAP Master Plan) doppelt so hoch war wie für die restliche Türkei. Laut Volkszählung von 1961 hatte zudem Istanbul eine Bevölkerung von 1,4 Millionen, 1990 war diese Zahl auf 9,3 Millionen emporgeschnellt. Einen Großteil der neu in die Stadt gekommenen Menschen machen Zuwanderer aus der Osttürkei aus. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß eine Binnenwanderung innerhalb der Türkei von Ost nach West in wechselnder Intensität zu allen Zeiten zu beobachten war. Besonders in Phasen wirtschaftlicher Stagnation ist ein verstärktes Anwachsen der Bevölkerung westlicher Großstädte durch Menschen aus der Osttürkei zu verzeichnen.

Wo liegen die Wurzeln der oben skizzierten politischen und sozialen Situation, die der Türkei, innen- wie außenpolitisch, Vorwürfe einbringt und die Stabilität in der gesamten Region in Frage stellt? Wie konnte es geschehen, daß Menschen, die seit Jahrhunderten in friedlicher Koexistenz miteinander lebten, von Terror und Gewalt aufgeschreckt ihre angestammte Heimat verlassen und in den Westen ziehen?

#### Innenpolitische Ursachen

Die Republik Türkei ist aus den Trümmern eines Vielvölkerstaates, des Osmanischen Reiches, hervorgegangen und hat daher eine pluralistisch-ethnische Struktur. Neben den Türken leben Araber, Armenier, Griechen, Juden, Kurden und Menschen anderer Ethnien und Religionen auf dem ehemals osmanischen Gebiet, von dem ein Teil die jetzige Türkei bildet. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg an der Seite Deutschlands bezweckten die westlichen Siegermächte durch die Unterzeichnung des Vertrages von Sevre im

<sup>3</sup> Eine Schätzung von 7 Millionen Menschen für die von Kurden bewohnten Gebiete der Türkei gibt Aziz in seinem Artikel Die Kurden in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 19. Juli 1991. auf eine Zahl von annähernd 15,5 Millionen türkischer Kurden kommt Kivilcirmli in: Ihtiyat Kuwet: S. ark, Stockholm ohne Datum, Band 5.

<sup>4</sup> Devlet İstatistik Enstitüsü (DİE): Daimi İkametgaha Göre İc Göçler. Ankara 1990.

Jahre 1920 die endgültige Aufteilung des Osmanischen Reiches. Die darin enthaltene Möglichkeit der Gründung eines kurdischen Staates läßt sich aus dieser Motivation der Alliierten erklären.<sup>5</sup> Sevres besiegelte den Untergang eines ehemals mächtigen Weltreichs.

Als drei Jahre später der Vertrag von Lausanne paraphiert wurde, hatten sich die Vorzeichen geändert. Dieser bis heute völkerrechtlich gültige Vertrag steckte die Grenzen einer jungen Republik ab, die in einem bis dahin ungekannten Befreiungskampf entstanden war und sich mit einer mehrheitlich islamischen Bevölkerung zur laizistischen Staatsführung bekannte. Der Vertrag von Lausanne schützt die religiösen Rechte der Angehörigen nicht-islamischer Konfessionen, enthält aber im Gegensatz zum Vertrag von Sevres keinen Hinweis auf die Errichtung autonomer Staaten auf Teilgebieten des türkischen Territoriums.

Der Laizismus als oberstes Prinzip garantiert die Trennung von Religion und Staat und ist gleichzeitig die Garantie für das Zusammenleben von Menschen verschiedener ethnischer Abstammung in den Grenzen des Landes als eine Nation. Das Verbindende ist nicht die Religion oder die ethnische Abstammung, sondern der politische Wille, nach einem blutigen Befreiungskampf gegen die westlichen Besatzermächte zu Anfang des Jahrhunderts, in einer nationalen Einheit zu existieren. Es ist der Nationalgedanke, auf dem die Republik Türkei gründet, das Bewußtsein, daß Menschen verschiedener Ethnien das türkische Volk bilden. Dieses Faktum muß bei der Betrachtung der Probleme im Südosten der Türkei und bei Lösungsansätzen zu deren Überwindung im Auge behalten werden.

Eine Politik, die vor dieser geschichtlichen Tatsache die Augen verschließt und den Kulturreichtum der Türkei, die Vielfalt ihrer Gesellschaft und ihre unterschiedlichen Muttersprachen als ein innenpolitisches Hindernis betrachtet, wird nicht imstande sein, in der gegenwärtig prekären Situation adäquate politische Lösungen herbeizuführen.

Eine der wichtigsten Hypothesen, die vom Militärregime von 1980<sup>6</sup> der jetzigen Regierung hinterlassen wurde und ursächlich zu der gewalttätigen Situation in der Osttürkei beiträgt, sind die politischen Sonderrechte für die Sicherheitskräfte in dieser Region und deren Handhabung sowie die generelle Unterdrückung politischer Betätigung in der Türkei in den achtziger Jahren. Diese Regelungen, die mit den oben skizzierten Grundsätzen der Republikgründer nur schwerlich in Einklang zu bringen sind, kann man grob in zwei Punkte unterteilen:

---

5 Die Paragraphen 62 bis 64 des Vertrags von Sevres behandeln explizit die Möglichkeit der Errichtung zweier autonomer Staaten Armenien und Kurdistan.

6 Mit der Machtübernahme der Militärs am 12. September 1980 wurden Parteien und Gewerkschaften verboten, die Immunität der Abgeordneten wurde aufgehoben und führende Politiker und Parteiführer verhaftet. Hinzu kam die Verhängung des Ausnahmezustands über eine Vielzahl der östlichen und südöstlichen Provinzen.

1. Die Einführung und Verschärfung des Ausnahmezustands über die Ostprovinzen, also eine ständige Militärpräsenz über einen sehr langen Zeitraum und die Einführung des Systems der Dorfbewacher unter gleichzeitiger Vernachlässigung der soziologischen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dimensionen der Probleme dieser Region, sowie das Verbot der kurdischen Sprache.
2. Das Verbot von Parteien und Gewerkschaften sowie jeglicher politischer Betätigung durch das Militärregime, das nicht nur verheerende Folgen für die politische Kultur in der Türkei hatte, sondern auch oppositionelle Gruppen in den Untergrund trieb, darunter auch viele kurdische Organisationen.

Eine dieser kurdischen Gruppen, deren Gründung in die politische Liberalisierungsphase Mitte der siebziger Jahre mit der Entstehung verschiedener kurdischer Gruppen zusammenfällt, nennt sich Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) beziehungsweise Kurdistan Isgi Partisi (PKI).<sup>7</sup> Diese nur in der Türkei operierende bewaffnete Organisation kämpft nicht nur gegen sogenannte türkische *Kolonisatoren*, sondern auch gegen kurdische *Kollaborateure* und *Verräter* und scheute schon früher nicht davor zurück, auch gegen andere linke türkische Gruppen mit der Waffe vorzugehen, um ihre eigene Macht und ihren Einfluß auszubauen. Die PKK führt seit sieben Jahren einen Guerrillakampf gegen die Republik Türkei mit dem Ziel der Errichtung eines separaten kurdischen Staates. Die teilweise Unterstützung der PKK durch die kurdisch-stämmige Bevölkerung ist weniger auf die politischen Ziele dieser Terrororganisation als auf die Hoffnungslosigkeit der Menschen in der Region und den gewaltsamen Druck der PKK zurückzuführen.

Hinzu kommt eine kurzsichtige Politik gegenüber der kurdisch-stämmigen Bevölkerung und die Ignorierung ihrer eigenständigen kulturellen Werte, die sich auch und gerade in dem Verbot der kurdischen Sprache durch das Militärregime zeigte. Diese Maßnahme, die selbst in der Ein-Parteien-Epoche der dreißiger Jahre trotz der Aufstände und Unruhen<sup>8</sup> nicht ergriffen wurde, mußte die Menschen vom Staat entfremden und der potentiellen Bereitschaft einer passiven Unterstützung der PKK in Teilen der Bevölkerung in der Region Vorschub leisten, zumal diese Terrororganisation bei der Wahl ihrer Mittel, Unterstützung bei der Bevölkerung zu bekommen, nicht wählerisch ist.

Weiterhin ist die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur der kurdischen Region stark unterentwickelt. Es fehlt nicht nur an Krankenhäusern und Schulen, sondern auch an Personal, das die Einrichtungen betreuen könnte. Niemand geht freiwillig in die Osttürkei.

<sup>7</sup> Die als Nationale Befreiungsarmee (Ulusal Kurtulus Ordusu, UKO) bekannte Gruppe nimmt bei ihrem ersten Kongreß in der Nähe von Diyarbakir am 27. November 1978 den Namen Partiya Karkeren Kurdistan (PKK) an. 1984 beginnt die PKK mit ihren bewaffneten Aktionen in der Türkei. 1985 gründet die PKK die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK).

<sup>8</sup> In dieser Zeit gab es 16 ethnisch-begründete Aufstände, die von kurdischen Stammesfürsten initiiert waren. Die meisten Aufstände wurden mit Hilfe anderer Stämme niedergeschlagen.

Die Investitionstätigkeit gerade des privaten Sektors und die wirtschaftliche Bedeutung der Region haben sich in den letzten Jahren abgeschwächt. Industrievorhaben werden gestoppt, bereits bestehende Betriebe aus Rentabilitätsgründen geschlossen. Der Anteil der Region am Bruttoinlandsprodukt ist von 8,55 Prozent im Jahre 1979 auf 7,8 Prozent im Jahre 1986 zurückgegangen. Ähnliches gilt für das Prokopf-Einkommen, das bereits 1979 nur noch bei ein Drittel der Einkommen im Marmara- und Ägäisgebiet lag und seitdem weiter auf ein Fünftel geschrumpft ist.

Nach den neuesten Zahlen der Tageszeitung Milliyet haben die Menschen in Ost- und Südostanatolien umgerechnet 705 Millionen US-Dollar auf ihren Sparguthaben. Lediglich 213 Millionen US-Dollar werden aber an Kreditnehmer aus der Region vergeben, der Löwenanteil fließt in die Marmara- oder Mittelmeerregion beziehungsweise nach Nordzypern und ins Ausland ab. Zudem hat der Staat in den ersten fünf Monaten des Jahres 25,5 Millionen US-Dollar an Investitionen in dieser Region getätigt.<sup>9</sup> Die Ausgaben für Polizeikräfte, Dorf bewacher und Staatsbedienstete im Südosten beliefen sich im gleichen Zeitraum allerdings auf umgerechnet 638 Millionen US-Dollar. Demgegenüber erklärte Ministerpräsident Demirel in einer Pressekonferenz am 25. September 1992 in Ankara, daß die Investitionstätigkeit des Staates in der Region unvermindert anhalte und für das laufende Jahr für insgesamt 624 Projekte eine Summe von umgerechnet 571,8 Millionen US-Dollar bereitgestellt worden wäre.

Große Erwartungen werden in das Südostanatolien-Projekt (GAP)<sup>10</sup> gesetzt, das neben der Möglichkeit, weite Gebiete der Region zu bewässern und die landwirtschaftlichen Erträge zu steigern, auch wirtschaftlichen Aufschwung und neue Arbeitsplätze durch neugeschaffene Energiequellen bringen soll. In der oben erwähnten Pressekonferenz wies Ministerpräsident Demirel darauf hin, daß 1992 umgerechnet 292,5 Millionen Dollar für das GAP-Projekt investiert würden, was beweise, daß die Regierung für die Entwicklung der Region und des Wohlstandes der dort lebenden Menschen sehr viel tue.

Neben der wirtschaftlichen Rückständigkeit und der dadurch verursachten hohen Arbeitslosigkeit bildet die seit langem auf der politischen Tagesordnung der Türkei stehende, aber immer noch nicht durchgeführte Landreform den Nährboden, auf dem der Terror der separatistischen Gruppen gedeiht und gleichzeitig der Staat an Autorität einbüßt. Immer noch herrschen in der Region teilweise feudale Verhältnisse, auf die sich die Zentralmacht in Ankara über Jahrzehnte verlassen hat. Das dadurch entstandene Abhängigkeitsverhältnis zwischen Großgrundbesitzern und besitzlosen Bauern verhindert radikale politische Reformen auf allen Gebieten. In einer Region, in der die Landwirtschaft die Haupteinkommensquelle ist und einen Großteil des in diesem Gebiet erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts ausmacht, sind durch-

---

9 Milliyet, 4. 9.1992. 10 Siehe dazu auch: Zentrum für Türkeistudien, GAP Southeastern Anatolia Projekt, Bonn 1989, S. 5 ff.

schnittlich 38 Prozent aller Familien ohne Grund und Boden.<sup>11</sup> Nach einer Untersuchung für das GAP-Gebiet besitzen 5 Prozent aller Familien in der Region 65 Prozent des Bodens, während sich eine Mehrheit von 70 Prozent mit lediglich 10 Prozent des Bodens begnügen muß. Die Probleme im Agrarsektor bestehen aber nicht nur in der ungleichen Bodenverteilung, sondern auch in Bewässerungsproblemen, einer ungenügenden Mechanisierung sowie in der durch die Beschaffenheit des Geländes und durch klimatische Einflüsse beeinträchtigte Bewirtschaftung des Bodens.

#### Außenpolitische Ursachen

Seit dem Golfkrieg gibt es eine veränderte Kurdenpolitik in der Türkei. Der damalige Ministerpräsident Özal entfachte, sicherlich auch unter dem Eindruck der politischen Veränderungen im Irak und im Nahen Osten, eine Diskussion um die Aufhebung des Verbots der kurdischen Sprache und kurdischer Print- und Tonerzeugnisse sowie um die Errichtung kurdisch-sprachiger Radio- und Fernsehsendungen. Mit der längst überfälligen Diskussion um die kulturelle Gleichstellung der Kurden in der Türkei gingen Überlegungen zu politischen Modellen einher, statt des zentralen mittelfristig ein föderatives Regierungssystem zu installieren, zumindest aber über Provinzparlamente den einzelnen Regionen mehr Selbständigkeit bei politischen Entscheidungen einzuräumen, um so Befugnisse auf jene Ebenen abzugeben, die bei speziellen Problemen realistischere Lösungen erarbeiten können, weil sie hier stärker sind. Man muß jedoch feststellen, daß die politische Diskussion um alternative Verwaltungsmodelle in der Türkei sehr schnell wieder eingestellt wurde.

Zudem wird immer wieder die Idee einer *Kleinen Türkei* diskutiert, die die Abretung türkischen Territoriums vorsieht, was zu einer wirtschaftlichen Erstarkung der Türkei und zum Anwachsen des Bruttosozialprodukts führen würde, da die wirtschaftlich schwachentwickelten Ostregionen wegfallen würden.<sup>12</sup>

Zur gleichen Zeit begann eine erste Kontaktaufnahme der Regierung mit den gemäßigten Kurdenführern Massoud Barsani und Jalal Talabani, die in Ankara empfangen wurden. Die von der Garantiemacht USA nach dem Golfkrieg ins Leben gerufene Schutzzone in Nordirak wurde auch von der Türkei als ein erster Schritt in Richtung der Errichtung eines selbständigen kurdischen Staates interpretiert, was die Gefahr einer ständig aus dieser Zone operierenden PKK und anderer separatistischer Gruppen heraufbeschwor. Inzwischen, nachdem de facto im Norden Iraks ein kurdischer Staat existiert, zeigt sich allerdings, daß die von Talabani und Barsani in Ankara gegebenen Ver-

<sup>11</sup> Nach Angaben des Staatlichen Planungsamtes (DPT) hatte im Jahre 1991 die Landwirtschaft einen Anteil von 16,3 Prozent am Bruttoinlandsprodukt der Türkei. Für die sechs Provinzen des GAP galt dies zu 40 Prozent. Während die Industrie einen Anteil von 27,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erbringt, gilt dies für die Region des GAP nur zu 16 Prozent.

<sup>12</sup> Zwei der bekanntesten Kolumnisten großer türkischer Tageszeitungen, Oktal Eksi und Mehmet Altan, haben hierzu eine Abstimmung der im dem entsprechenden Gebiet lebenden Bevölkerung vorgeschlagen. Während andere, wie der Gründer des Kurdischen Instituts, Musa Anter, diese These verwerfen und für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen in der Türkei eintreten.

sprechen hinsichtlich der Verhinderung von PKK-Angriffen auf türkisches Territorium aus besagtem Gebiet nicht eingehalten werden können.<sup>13</sup>

Ähnlich verhält es sich mit den angeblich aufgelösten Lagern der PKK im syrischen Bekaa-Tal. Nachdem Ankara sich mit Damaskus über die Frage der Wasserrechte, die durch die Aufstauung des Euphrat im GAP-Gebiet entstanden war, geeinigt hatte, wartete die türkische Regierung auf die Erfüllung des syrischen Versprechens, die PKK aus Syrien zu entfernen. Inzwischen ist aber bekannt, daß die PKK lediglich ihre Stellungen in Syrien gewechselt hat. So tragen Interessenkollisionen mit den Nachbarstaaten, die in bilateralen Verhandlungen nicht vollständig ausgeräumt werden können, auch im Hinblick auf eine gemeinsame Kurdenpolitik, zu einer Destabilisierung und zur Eskalation der Gewalt in der Region bei.

Die deutsch-türkischen Beziehungen waren nach den Ereignissen zum Newroz-Fest gestört, da die Bundesregierung Ankara vorhielt, mit aus Deutschland gelieferten Waffen auf die kurdische Zivilbevölkerung geschossen zu haben. Insbesondere durch das verhemente Eingreifen des damaligen Außenministers Genscher wurden die bundesdeutschen Waffenlieferungen in die Türkei eingestellt. Das sich zuspitzende politische Klima erreichte seinen Höhepunkt in der Äußerung der türkischen Regierung, die Bundesregierung würde durch ihr Vorgehen indirekt die PKK unterstützen. Andererseits belegen Aussagen des Generalbundesanwalts von Stahl, daß die PKK in ihrer Gefährlichkeit durchaus richtig eingeschätzt wird.<sup>14</sup> Unter dem neuen Außenminister Kinkel haben sich die Beziehungen teilweise normalisiert, obwohl man weiterhin von einer kritisch-abwartenden Position der Bundesrepublik gegenüber dem Natopartner Türkei sprechen kann.

#### Die Politik der neuen Regierung

Die am 20. Oktober 1991 gewählte neue Koalitionsregierung der Partei des Rechten Weges (DYP) des Süleyman Demirel und der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) des Erdal İnönü hat eine umfassende Verfassungsreform angekündigt, die gerade im Bereich der Einhaltung der Menschenrechte und der Ausübung der politischen Meinungsfreiheit positive Veränderungen verspricht.<sup>15</sup> Insbesondere der Koalitionspartner SHP hatte bereits während des Wahlkampfes die kritische Situation in der östlichen Türkei immer wieder als einen Schwerpunkt seiner Politik genannt.<sup>16</sup>

Aber schon wenige Monate nach der Wahl zeigte sich, angefangen mit dem Austritt der HEP-Mitglieder (Arbeiterpartei des Volkes) aus der SHP, mit der

---

13 Siehe dazu auch: „Der Haß zwischen Demirel und Özal wird immer tiefer“, in: Handelsblatt, 1.10.1992.

14 „Wir wissen mittlerweile zuverlässig, daß die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) militante Aktivitäten, vor allem gegen Konkurrenzorganisationen und Abweichler aus den eigenen Reihen, von hier aus europaweit organisiert.“ Generalbundesanwalt Alexander von Stahl in der Bonner Rundschau, 30. Mai 1992.

15 Siehe hierzu insbesondere das im November 1991 vorgelegte Regierungsprogramm.

16 Siehe hierzu u. a.: Zentraler Exekutivrat der Sozialdemokratischen Volkspartei, Probleme im Osten und Südosten der Türkei und Lösungsvorschläge aus der Sicht der Sozialdemokratischen Volkspartei, Ankara 1990.

diese ein Wahlbündnis eingegangen war, daß sowohl die Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Lage mit ihrer galoppierenden Inflation, als auch die angestrebten sozialen und politischen Veränderungen aufgrund der Zwistigkeiten innerhalb des Regierungslagers und des Streites zwischen dem Ministerpräsidenten Demirel und Staatspräsidenten Özal länger als angenommen dauern werden. Dabei war von politischen Beobachtern gerade die Regierungsbeteiligung der Arbeiterpartei, die sich erklärendermaßen für die Rechte der Kurden in der Türkei einsetzt, als ein ermutigendes Zeichen dafür gewertet worden, daß die neue Regierung ihre Wahlversprechungen bezüglich der Liberalisierung des politischen Lebens unverzüglich in die Tat umsetzen würde.

Zur Zeit befindet sich zudem die Sozialdemokratische Volkspartei durch die Wiedereröffnung der Republikanischen Volkspartei (CHP) in einem Erosionsprozeß, da sie zahlreiche Mitglieder an die ehemalige Partei des Republikgründers Kemal Atatürk verloren hat. Auch wenn man noch nicht von einem Machtvakuum sprechen kann und die Gerüchte in der türkischen Presse um einen neuerlichen Putsch sich bisher nicht bestätigt haben, ist eine innenpolitische Krise in der Türkei nicht von der Hand zu weisen. In einer solchen Phase haben politische und militärische Scharfmacher Hochkonjunktur. Gerade nach den Ereignissen am Newroz-Fest, dem kurdischen Neujahrsfest im Südosten der Türkei, wird von bestimmten politischen Kreisen ein härteres Vorgehen gegen kurdisch-separatistische Bestrebungen verlangt. Auch die öffentliche Meinung, von den Medien nicht immer objektiv informiert, verlangt nach härterem Durchgreifen in der Region. Dabei ist jedoch jetzt schon abzusehen, daß eine weitere Eskalation der Gewalt nur zum Schaden der in der Region lebenden Menschen ist und die Fronten verhärten wird.

Präsident Demirel betonte dennoch, daß der begonnene Demokratisierungsprozeß im Rahmen der Pariser Charta fortgesetzt und beispielsweise die Reform des Strafrechts und des Presserechts vorangetrieben wird. Auch werde eine Verwaltungsreform ins Auge gefaßt, die unter Wahrung des unitären Charakters des Landes den regionalen und lokalen Behörden mehr Verantwortung und Mitspracherechte einräumen und somit die politische Partizipation möglichst vieler Bürger ermöglichen werde.

#### Wege zur Lösung der Kurdenfrage

Die Kurdenfrage ist nicht mit Gewalt lösbar. Nur politische Ansätze, die die ethnische und kulturelle Identität der in der Osttürkei lebenden Menschen akzeptieren, können zu dauerhaften Lösungen und Frieden in der Region führen. In erster Linie gilt es, das Vertrauen der Menschen in der Osttürkei in den Staat zu stärken, und dies geht nur durch demokratische Lösungen. Wer ernsthaft um eine Lösung der Probleme in der Südosttürkei bemüht ist, muß unverzüglich für die Entwicklung einer sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in der Region sorgen. Die Beseitigung der sozialen und wirtschaftlichen Rückständigkeit in diesem Teil der Türkei und die Gewährleistung der



Teilhabe jedes Staatsbürgers am erreichten Wohlstand im Land sind die Grundvoraussetzungen für eine Befriedung der Situation. Dazu scheint die Erarbeitung eines regionalen Entwicklungsplans, der staatliche und private Investitionen überdurchschnittlich unterstützt und den in der Region lebenden Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet, am vordringlichsten zu sein.

Mißstände bei der Bodenverteilung müssen durch eine umfassende Reform beseitigt werden, um dem immer noch zum Teil bestehenden Feudalwesen das Fundament zu entziehen.

Die Sozial- und Kulturpolitik muß deutlicher als bisher die kulturelle und ethnische Vielfaltigkeit der Region berücksichtigen und von unsinnigen Verboten jedweder Art Abstand nehmen. Die Aufhebung des Verbots der Benutzung der kurdischen Sprache ist ein wichtiger Schritt, dem andere folgen müssen.

Über bilaterale Verhandlungen mit den Nachbarstaaten muß dafür gesorgt werden, daß die PKK ihre Aktivitäten in der Region einstellt, und somit die Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele in der Region keine Chance hat. Daran geknüpft wäre die Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Abzug des Militärs notwendig, was zu einer Beruhigung der Situation beitragen und zur Rückkehr zu einem geregelten Leben ohne ständige Bedrohung führen würde.

Auf der anderen Seite kann man von keinem Staat der Erde verlangen, daß er auf seine territoriale Integrität verzichtet. Man kann nicht davon ausgehen, daß die Türkei Staatsgebiet zur Errichtung eines kurdischen Staates abtreten wird. Abgesehen davon, daß dies der Staatsdoktrin vom unitären Staat völlig zuwiderlaufen würde, bringt es keine Lösung für die tatsächlichen Probleme der Region. Es ist auch mehr als zweifelhaft, ob bei den türkischen Bürgern kurdischer Abstammung tatsächlich der politische Wille besteht, aus der türkischen Gesellschaft auszuscheren, um in einem selbständigen kurdischen Staat zu leben- Statt in neue Nationalismen zu verfallen, die uns Tag für Tag aufs Neue vor Augen führen, welche verheerende Folgen sie in sich bergen, sollte eine politische Lösung angestrebt werden, die über Staatsgrenzen und Ethnien hinweg, ohne diese zu leugnen, ein Zusammenleben ermöglicht.